

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/47. Jahrgang

Juli 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Was will die neue Mega-Koalition?

Gießen wird künftig von einer Koalition der Parteien der Agenda 2010*) regiert werden – wie bereits im Bund und in den Ländern.

Auf kommunaler Ebene heißt das: Fortsetzung der Politik der selbst gemachten „Sachzwänge“ und der Privatisierung (Wohnbau, Stadtwerke...). Damit sind ureigenste kommunale Bereiche wie Wohnungsbau, Nahverkehr, Energieversorgung u.a.m. der Kontrolle des Stadtparlaments entzogen. Entscheidungen im Interesse der hier lebenden Menschen sind kaum mehr möglich.

Der Koalitionsvertrag

zwischen SPD, CDU und Grünen enthält ein Bündel von alten, aber nicht verwirklichten Versprechungen: Erhalt der Bahnhofstreppe, Sanierung der Adenauer-Brücke, Erhaltung der Alten Post, Durchstich Bahndamm, Sanierung der Schulen, Restaurierung und Gestaltung Schiffenberg...

Und, groß herausgestellt: Bau von 400 Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren. Dies, obwohl bis 2020

– in den nächsten vier Jahren – 3300 gebraucht werden und 1500 Anträge auf eine Sozialwohnung vorliegen. Selbstredend steht alles unter Finanzierungsvorbehalt. Der ist mit Unwäg-



barkeiten verbunden, obwohl der letzte Haushalt mit einem leichten Plus abgeschlossen wurde.

Sicherheit und Ordnung

Der freiwillige Polizeidienst wird wieder eingeführt, d.h. Bekämpfung statt wirksamer Hilfe für die sog. Trinkerzene, die am Marktplatz wieder per Videokamera überwacht werden soll.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Stadtparlament: Es gilt das gebrochene Wort

Mit einem Antrag zur Einführung einer Sozialquote im Wohnungsbau hat die Gießener Linke bereits zu Beginn die Fronten abgesteckt: Bei allen Bau-

vorhaben ab 5 Wohnungen sollte eine Sozialquote von 20–30% beschlossen werden, d.h. die Miete jeder 5. Wohnung sollte den Kriterien einer Sozialwohnung entsprechen. Das ist nach dem Baugesetzbuch möglich und wird in sehr vielen Städten praktiziert. Hatte OB Grabe-Bolz vor den Wahlen ebenfalls für eine solche Quote plädiert, so hat sie hier im Ausschuss gekniffen. Die Koalition legte einen Änderungsantrag vor, der lediglich vorsieht, sich für einen Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen (mit Mietpreis- und Belegungsbindung) einzusetzen. Also nichts! Das kann man sich sparen. Bezeichnenderweise wurde der Antrag von den Grünen gestellt, der selbst ernannten Menschenrechtspartei. Die endgültige Abstimmung findet am 14. Juli statt. E.B.



Juli 2016: In Deutschland haben sich zwei Drittel der Bevölkerung gegen eine Aufrüstung der NATO an der Ostgrenze ausgesprochen. In Warschau protestieren Aktivisten aus aller Welt gegen den Gipfel. (s.S.8: NATO ist Kriegsgefahr)

Inhalt:

Flucht/UZ-Fest/Gießener Linke	S.2
Vier ist eine zu viel/AfD = braun	S.3
Jobcenter/Hartz IV/DKP kandidiert	S.4
Glyphosat/Wieseckau	S.5
Eritrea/Kurden-Prozess/Knast	S.6
SDAJ + DKP in Buchenwald/DFG-VK	S.7
Termine/Nato-Kriegsgefahr/Brexit	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



„Wir müssen uns an schreckliche Bilder gewöhnen“

Mit dieser zynischen Aussage reagierten „christliche“ Politiker, als ihre Kumpane in den Regierungen der Balkanländer ihre Grenzen mit Stacheldrahtverhauen für flüchtende Menschen unpassierbar machten. Inzwischen sind die schrecklichen Bilder Alltag – gekenterte Boote, treibende oder an Land gespülte Leichen von Männern, Frauen und Kindern. Politiker wie de Maizière, die mit frei erfundenen Behauptungen ekligen Bewegungen wie AfD und Pegida die Parolen liefern, haben ein Zwischenziel erreicht: weniger Asyl suchende Menschen kommen nach Deutschland, die Massenlager in Hallen und Zelten leeren sich. Stattdessen ertrinken diese Menschen im Mittelmeer oder werden in Elendslagern in der Türkei oder an den EU-Außengrenzen eingesperrt. Die absurden Dublin-Abkommen, mit denen die wohlhabenden Staaten Mittel-Europas die Aufnahme von Flüchtlingen auf Griechenland und Italien abwäl-

zen, werden wieder rücksichtslos angewandt. Der durch Gewaltmaßnahmen an den Grenzen erreichte Rückgang der Zahl der Neuankömmlinge hat die Lage der hier befindlichen Flüchtlinge nicht verbessert. Immer noch kann es Monate dauern, bis überhaupt ein Asylantrag gestellt werden kann und mehr als ein Jahr bis zu einer Entscheidung. Immer noch gibt es viel zu wenig Sprachkurse und zu wenig Schulunterricht für Kinder, viel zu hohe Hürden für eine Arbeitsaufnahme, viele werden daran gehindert, in der Nähe von Verwandten oder Freunden zu leben. Politiker und Behörden denken sich immer neue Schikanen aus wie Residenzpflicht oder Arbeitsvermittlung nur in 1-Euro-Jobs, wobei diese für Flüchtlinge sogar in 80-Cent-Jobs umgewandelt wurden. Sie denken, mit solcher Härte gegenüber Asyl Suchenden Anhänger von AfD und Pegida zurückzugewinnen zu können. Das Gegenteil ist der Fall – der Hass der

Rassisten wird dadurch nur bestätigt. Politik im Interesse aller - das wäre die richtige Antwort. Bezahlbare Wohnungen, Bildung für alle, gute Krankenversorgung und Altenpflege, damit könnten Gründe für Neid und Hass beseitigt werden. Mit den bisher Aufgenommenen und noch vielen Neuankömmlingen wäre Deutschland nicht überfordert – der vorhandene Reichtum müsste nur anders verteilt werden. Deutschland hat heute 1 Million weniger Einwohner als 1990; bis 2050 würde ohne Zuwanderung die Bevölkerung um 20% abnehmen. Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen muss nicht zur Überfremdung führen, eine Kultur, die etwas taugt und vielfältig gepflegt wird, kann dadurch eher bereichert werden. Nicht Zuwanderer bedrohen unsere Zukunft, sondern die zunehmende Macht von Banken und Konzernen. Wenn wir die gemeinsam bekämpfen, können wir eine bessere Gesellschaft für alle schaffen.
Gernot Linhart

Mehrere Zehntausend Besucher beim UZ-Pressesfest

Einige zehntausend Menschen haben das UZ-Pressesfest – Volksfest der DKP besucht. »Das UZ-Pressesfest war ein Fest der Solidarität, ein Fest des Austausches, ein Fest des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, es war das größte Fest der Linken in unserem Land«, sagte der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Patrik Köbele, am Sonntag. Das UZ-Pressesfest fand vom 1. bis 3. Juli im Dortmunder Revierpark Wischlingen statt. - Foto: Patrik Köbele und Esther Bejanaro Mehr dazu: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/07/mehrere-zehntausend-besucher-beim-uz-pressefest/>



Gießener Linke diskutiert über "Rechtsruck in Deutschland?"

Am 14. Juni luden die Kreis- und die Stadtfraktion der Gießener Linken zum „1. Linken Ratschlag“ in den Dachsaaal des DGB-Hauses ein, bei dem das Thema „Rechtsruck in Europa/Deutschland!“ mit mehr als 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert wurde.

Der Referent, Georg Fülberth, Professor für Politikwissenschaft aus Marburg, sieht die soziale Ungleichheit als eine der Hauptursachen für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien. Diese greifen die Angst vor wirtschaftlichem und sozia-

lem Abstieg auf und richten sie gegen Schwächere und Fremde. Moderatorin Martina Lennartz, desig-



nierte Stadtverordnete der Gießener Linken, erklärte, dass politische Entscheidungen wie die Agenda 2010 oder Waffenexporte in Krisenregionen, die für wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Flüchtlingsbewegungen verantwortlich sind, den Aufstieg von Parteien wie der AfD erst ermöglicht haben. Sie sieht die Aufgabe der Linken deshalb darin, die populistischen und ausländerfeindlichen Forderungen zu entlarven und ein breites, antifaschistisches Bündnis zu schaffen, um das Abdriften der Gesellschaft nach rechts zu stoppen.

Rainer Grabowski



Magistrat: Vier ist eine zu viel

Gegen den Plan der neuen Koalition, einen zusätzlichen vierten Magistratsposten zu schaffen, der rund 100.000 Euro jährlich zusätzlich kosten wird, formiert sich Widerstand. Ein Bürgerbegehren dagegen startet sofort nach dem Beschluss des Parlaments, der am 14. Juli gefasst werden soll. Die Argumente für den vierten Posten sind dünn: Gießen habe mehr Einwohner, die

Anforderungen seien gewachsen (welche?), die Aufgaben komplexer (??) und: die im vergangenen Jahr beschlossene Bürgerbeteiligung erfordere Mehraufwand.

Sind die erst genannten Gründe vollkommen nichtssagend, so ist der letzte Punkt schon frech: sollen die Gießener ihre „Beteiligung“ (die noch nicht mal rechtskräftig ist, geschwe-

ge denn stattfindet) selbst bezahlen? Und: wenn die Anforderungen wachsen, warum wurden dann in den letzten fünf Jahren 46 Verwaltungsstellen abgebaut?



Bgm. Weigel-Greulich (Grüne) will unbedingt im Amt bleiben, deswegen muss ein vierter Dezernent (der der CDU zusteht) her. Falls das Bürgerbegehren durchkommt, muss sie aber dennoch nicht gehen – auch wenn das

der Wunsch vieler ist, die von der Kettensägen-Gerda genug haben. Dann wird Stadträtin Eibelshäuser (SPD) abgewählt werden.

Dennoch ist dem Bürgerbegehren viel Erfolg zu wünschen – wegen der Geldverschwendung, wo überall gespart wird, und weil damit ein Zeichen echten Bürgerwillens gesetzt werden kann.

Michael Beltz

AfD bekennt Farbe: braun

Die AfD bekennt sich zu ihren Ahnen. Friedrich Feld, nach dem Untersuchungsbericht des Stadtarchivs ein lupenreiner Nazi, soll auch weiterhin in guter Erinnerung und Namensgeber der nach ihm benannten Schule bleiben – jedenfalls nach Meinung der AfD-Stadtvorordneten Enners, die im Schulausschuss gegen die Umbenennung gestimmt hatte.

Wie die AfD insgesamt sich im Stadtparlament am 14.7. verhalten wird, ob für alle ein Nazi Vorbild ist, wird man sehen.

Warum in diesem Sinne nicht im Anlagenring einen Adolf-Hitler-Ring wieder aufleben lassen?!

Die Friedrich-Feld-Schule wird künftig „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten“ heißen.

M.B.

(Fortsetzung von Seite 1)

Mega-Koalition

Außerdem soll ein „kriminalpräventiver Stadtteilbeirat“ eingerichtet werden, in dem auch „Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen sollen“. Ist da ein neues Blockwart-System im Entstehen?

Vier ist einer zu viel

Auch die Besetzung des Magistrats mit wieder vier Hauptamtlichen (Kosten rund 100.000 Euro/Jahr) ist eine Verschwendung von Steuergeldern und widerspricht dem Versprechen der SPD, die damals zu den Hauptträgern des Bürgerbegehrens „Drei reichen“ zählte. Aber das hat sie bereits vor fünf Jahren umgangen, indem sie zwar auf den 4. Stadtrat verzichtete, aber dafür drei neue zusätzliche Referenten-Stellen einrichtete.

In dieser Situation von leeren Kassen, Schutzschirm und einer überrepräsentierten Koalition mit 38 von 59 Sitzen (fast 2/3-Mehrheit) wird konsequente Opposition umso notwendiger sein, wobei hier FDP und Freie Wähler zu vernachlässigen sein dürfen.

Die fünf Stadtverordneten der Gießener Linken sind sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe als stärkste Opposition bewusst – auch im Hinblick auf die AfD, die ihre Verbundenheit mit alten Nazis bereits zum Ausdruck brachte.

Erika Beltz

*) Agenda 2010, das ist das Programm für Krieg und Armut (Hartz IV, Renten Kürzung), beschlossen von SPD/Grüne, umgesetzt von CDU/SPD



Hartz IV: Schikanen und Sanktionen unverändert

„Bundestag verabschiedet entschärfte Hartz-IV-Gesetze“ titelten die meisten Zeitungen und erweckten so den Eindruck, Hartz IV sei entschärft worden. Das ist nicht der Fall. Zwar mussten die geplanten Kürzungen bei Alleinerziehenden und die Zwangsverrentung nach öffentlichem Protest zurückgenommen werden. Aber alle Sanktionen werden weiterhin verhängt: Kürzungen bis zu 100% - insbesondere bei 15-24jährigen - blei-

ben ebenso wie das Verbot zum Umzug in eine neue Wohnung, wenn diese den Vorschriften entspricht, aber teurer ist. Knapp eine Million Hartz-IV-Strafen wurden 2015 verhängt, rund 50.000 davon waren sogenannte Vollsanktionen. Über 16.000mal traf es dabei Minderjährige zwischen 15 und 17 Jahren. Künftig will die Regierung Leistungsberechtigte noch intensiver kontrollieren: Automatische Datenabgleiche

mit anderen Behörden und Banken sollen monatlich statt vierteljährlich erfolgen.

Jobcenter Gießen bemüht Wikipedia

Im Fall des Gießener Hartz-IV-Aufstockers (wir berichteten) ist inzwischen eine Antwort eingegangen: Sein Widerspruch wurde als „unbegründet“ zurückgewiesen, aber die einbehaltenen Heizkosten teilweise erstattet. Dies aber nicht in der ihm zustehenden Höhe und insgesamt widersprüchlich, wie selbst zugegeben wurde. Wörtlich teilte man mit: „Mangels konkreter Angaben hat der Widerspruchsgegner (das Jobcenter, d. Red.) hier über Wikipedia den durchschnittlichen Jahresbedarf an elektrischer Energie eines Ein-Personen-Haushaltes in Deutschland ermittelt.“ Ja, wenn das so ist. Warum bei der Berechnung des Zuschusses neben dem Freibetrag von 100 Euro nicht auch – wie früher – Versicherungsbeiträge berücksichtigt wurden, bleibt ihr Geheimnis. Jetzt befasst sich der Rechtsanwalt mit der Klagevorbereitung. Erika Beltz



Bundestagswahl 2017: DKP kandidiert

Auf dem 21. Parteitag wurde die Teilnahme der DKP an den Bundestagswahlen 2017 beschlossen. Als von der Mitgliederzahl her kleine Partei haben wir keine Illusionen über unser prozentuales Ergebnis. Wir treten an als wählbare politische Alternative, als Alternative in der Frage Krieg und Frieden, gegen die Kriegstreiber der NATO und gegen das deutsche Kapital. In vielen Tausend Gesprächen gerade bei der Sammlung der für eine Kandidatur nötigen Unterschriften wollen wir unsere Position gegen die

Diktatur der Milliardäre und Millionäre, gegen SPD, CDU/CSU, Grüne, AfD und FDP deutlich machen. Es reicht nicht, das kleinere Übel zu wählen. Wer soll das kleinere Übel sein? Wir Kommunisten sehen uns verpflichtet, den Menschen in unserem Land ein Programm anzubieten, das - für alle - fordert: Bildung und Ausbildung, Gesundheitsvorsorge und ausreichende Rente, jedem ein Dach über Kopf und ausreichend Nahrung - und für uns alle, in allen Ländern dieser Welt, ein Leben in Frieden. M.B.



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
dkp-giessen.de
DKP Gießen auch bei Facebook



Wer Kinder liebt
nicht nur die seinen
Wer Frieden will
nicht nur für sich
Wer für Recht ist
nicht nur für seines
Wer Ausbeutung hasst
und sie bekämpft
Wer meint was alle schaffen
sollte alle reicher machen
Wer weiß dass die Welt
zu verändern ist
Der ist im Grunde
Kommunist
Artur Tropschmann

Glyphosat: Konzernmacht gegen Vorsorge

Seit 40 Jahren ist das Pflanzengift Glyphosat weltweit im Einsatz, zig-tausende Tonnen wurden auf Feldern und Gärten ausgebracht, Milliarden von Dollar damit verdient – aber bis heute sind sich Experten nicht darüber einig, ob dieses Mittel eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt. Wie kann das sein – angeblich gilt doch in Europa das sogenannte Vorsorgeprinzip, nach dem ein Stoff nur dann zur Anwendung zugelassen werden darf, wenn seine Unbedenklichkeit erwiesen ist. Mehrere nationale und internationale Institutionen überprüfen jetzt erneut den Sachverhalt. Leider kann keine davon auf eigene Untersuchungen zurückgreifen – sie alle verwenden ältere Studien, die fast alle vom Hersteller, dem Monsanto-Konzern, in Auftrag gegeben wurden. Das Zulassungsverfahren für einen neuen Wirkstoff verläuft so: Der Antragsteller vergibt Untersuchungsaufträge an verschiedene Labors und bekommt von diesen Berichte und Daten. Als Auftraggeber ist er Besitzer der Daten und kann selbst entscheiden, welche davon er weitergibt und welche er in einer Schub-

lade verschwinden lässt – es müssen nur genügend Ergebnisse übrigbleiben, die den Anforderungen der Prüfbehörde entsprechen. Man kann also davon ausgehen, dass alle jetzt erneut zu begutachtenden Versuchsergebnisse von Monsanto gesiebt wurden. Glyphosat wurde

uelle Zusammenhänge zwischen Glyphosatmengen und aufgetretenen Schäden zu finden. Für solche Untersuchungen gibt es aber nicht nur keine Mittel, sie werden aktiv verhindert. Jeder Wissenschaftler, der sich an diese Fragestellung wagt, muss mit Vernichtung seiner beruflichen Existenz rechnen – gegen die Rechtsabteilung von Monsanto hat niemand eine Chance. Das Beispiel Glyphosat zeigt, dass das vielgepriesene Vorsorgeprinzip nicht viel wert ist. Wahrscheinlich sind noch viele andere Stoffe auf dem Markt, deren Unbedenklichkeit nicht wirklich bewiesen ist. Zur wirksamen Vorsorge müsste die Prüfung ganz anders verlaufen. Sie dürfte nicht im Auftrag des Antragstellers erfolgen, sondern von einer unabhängigen



öffentlichen Institution geleitet werden – der Antragsteller müsste nur die Kosten tragen. Ein solches Verfahren widerspricht natürlich den Interessen der Konzerne. Dass das Kapital für genügend Profit über Leichen geht, wusste schon Karl Marx. Und er empfahl auch das Mittel dagegen: Sozialismus.

in einigen Regionen großflächig auf Agrarflächen ausgebracht, wobei auch menschliche Ansiedlungen betroffen waren. Aus solchen Gebieten, zum Beispiel in Südamerika, wurde von gehäuften Fällen von Krebs und Fehlbildung bei Neugeborenen berichtet. Es wäre einfach, in solchen Gebieten epidemiologische Studien durchzuführen, um even-

tuelle Zusammenhänge zwischen Glyphosatmengen und aufgetretenen Schäden zu finden. Für solche Untersuchungen gibt es aber nicht nur keine Mittel, sie werden aktiv verhindert. Jeder Wissenschaftler, der sich an diese Fragestellung wagt, muss mit Vernichtung seiner beruflichen Existenz rechnen – gegen die Rechtsabteilung von Monsanto hat niemand eine Chance. Das Beispiel Glyphosat zeigt, dass das vielgepriesene Vorsorgeprinzip nicht viel wert ist. Wahrscheinlich sind noch viele andere Stoffe auf dem Markt, deren Unbedenklichkeit nicht wirklich bewiesen ist. Zur wirksamen Vorsorge müsste die Prüfung ganz anders verlaufen. Sie dürfte nicht im Auftrag des Antragstellers erfolgen, sondern von einer unabhängigen

Gernot Linhart

Liebe Gießenerinnen und Gießener,

* da stellt die (ehemalige SPD-Grüne) Gießener Stadtregierung mit Blasmusik und eingetopften Blümchen planlos in der Wieseckau eine Brücke mitten auf die Wiese - ohne Wasser, aber viel Rost, zum Gespött in Presse und Fernsehen,

* da baut sie „Stromschnellen“ für die Landesgartenschau und nach nicht einmal 18 Monaten schauen die billigen Plastikbahnen zur Uferbefestigung heraus,

* da wird das Gartenamt beauftragt für die Reparatur am Abfluss einen Teich trocken zu legen – und stellt plötzlich fest, dass der Untergrund aus Steinen besteht. Das Wasser läuft wieder in den Teich hinein, die Sandsäcke werden wieder ausgeschüttet,

* da wird ein Hunde-Auslaufplatz kreiert - ohne einen einzigen Baum. Nicht mal eine Unterstellmöglichkeit für Herrchen/Frauchen bei Regen,

* da wird eine Woche lang am Waldbrunnenweg ein Loch gebaggert und man hofft, dass es wahlweise von

Teichhühnern, Libellen und Wildbienen besiedelt wird.

Und schließlich traut ein Mitglied der Bürgerinitiative „Wieseckau“, Peter Baier, seinen Augen und seinen Fotos nicht:

Führte doch der Abwasserschlauch des Bierwagens der Brauerei mit dem Eisvogel direkt in die Natur. Zu sehen war auch, dass Wasser ausgelaufen war. Wer weiß, dass selbst kleinste Mengen an Spülmittel Teich, Tiere und Pflanzen schädigen und zerstören können, wird dies für einen Skandal halten.

Wenn Profite locken, wird keine Rücksicht auf die Natur genommen. Denn umweltverträgliche Maßnahmen schmälern diese.

Der Skandal besteht darin, dass weder das Garten- noch das Ordnungsamt dem Betreiber der „Strandbar“ genügend auf die Finger schauen. In Geheimverträgen, die für die Bevölkerung nicht einsehbar sind, werden dem Aschaffener Betreiber offensichtlich Zugeständnisse ge-



macht, die das Landschaftsschutzgebiet massiv beeinträchtigen.

Angefangen beim ungesicherten Zulieferverkehr bis hin zu Lärmbelästigungen bis zu 90 Dezibel.

Und die von SPD und Grünen vielbeschworene Bürgerbeteiligung ist auch nur Schall und Rauch: Viele Male haben sich Bürger bei Ämtern nutzlos beschwert.

Die BI Wieseckau fordert von der Stadt die sofortige Offenlegung der Geheimverträge mit dem Strandbar-Besitzer! Wir wollen Transparenz in die undurchsichtigen Mauscheleien bringen!

Mario Berger

Gute Gespräche auf dem Eritrea-Festival

Das Fest der Eritreer fand wiederum in den Hessenhallen mit buntem Programm und guter Stimmung statt. Begleitet wurde es von der üblichen Hetze, die nun allerdings noch eine Steigerung erfuhr, indem Grothe von öffentlichen Massenhinrichtungen sprach. Insbesondere die Grünen suchen und erfinden Menschenrechtsverletzungen in jenen Ländern, in denen die sozialen Menschenrechte (Nahrung, Bildung, Gesundheit für alle) gewährleistet werden. Die Verbrechen der USA nimmt er nicht zur Kenntnis und lässt sich missbrauchen, um Krieg gegen Eritrea vorzubereiten.

Wir, Ärzte, Redakteure und weitere sich für Eritrea einsetzende Menschen, konnten von Vertretern der eritreischen Regierung erfahren, was erfolgreich war und was noch geplant wird, vor allem im sozialen und Baubereich. Unsererseits ergaben sich Fragen, inwieweit das Land an Investitionen aus dem Ausland interessiert ist und ob sich Eritrea dazu mehr



öffnen könnte. Die Vertreter der Regierung wissen um das Risiko der Ausbeutung, wie das in anderen armen Ländern geschieht. Nicht nur Nigeria oder auch Tansania sind dafür Beispiele.

Wir alle wünschen diesem armen Land und seinen Menschen, in Frieden ihr Land aufbauen und leben zu

können. Geplant ist die Gründung einer deutsch-eritreischen Freundschaftsgesellschaft in diesem Jahr.

(Die ausführliche Stellungnahme der eritreischen Regierung zu den angeblichen Menschenrechtsverletzungen liegt uns vor und kann auf Wunsch zugesendet werden.)

Michael Beltz

Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen in Deutschland

Seit dem 17. Juni findet in München der Prozess gegen 10 Genossinnen und Genossen von ATIK und TKP/ML mit dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach §129b statt.

Dieser Fall ist die größte Anklage gegen Revolutionäre der letzten Jahrzehnte in Deutschland. ATIK und TKP/ML sind außer in der Türkei in keinem Land verboten und befinden sich auch nicht auf den sogenannten „Terrorlisten“ der EU und USA.

Trotzdem ermittelt die Bundesanwaltschaft bereits seit 2006. Am 15. April letzten Jahres waren die Aktivisten in mehreren EU-Staaten auf Betreiben der Bundesanwaltschaft festgenommen worden und sitzen seitdem in Untersuchungshaft.

Hierbei stützt man sich auf „Erkenntnisse“ u.a. des türkischen Geheimdienstes. Den Angeklagten wird der

Prozess gemacht - ohne konkrete Vorwürfe eine Straftat in Deutschland begangen zu haben.

Hier zeigt sich eine Folge des „dreckigen Deals“ der Bundesregierung mit der Türkei: haltet uns die Flüchtlinge fern, dann werden wir eure linke Opposition kriminalisieren und europaweit verfolgen.

Selbst der im eigenen Land von der AKP geführte Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, mit mittlerweile hunderten zivilen Opfer, interessiert weder die deutsche Regierung noch die Justiz.

Dieser politische Prozess erfordert die Solidarität aller demokratischen Kräfte mit den Angeklagten:

- sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die kurdischen und türkischen Genossen!

- Revolutionäre sind keine Terroristen!

Stefan Walther

Alltag im Knast

*Was ist nur los auf dieser Welt
alles aus der Ordnung fällt,
in Japan ständig die Erde bebt
Leben unter sich begräbt,
überall die Menschen kriegen
um sich mit Waffen zu besiegen,
Flüsse sind nicht mehr zu dämmen
ganze Städte überschwemmen,
die Menschheit muss sich schnell
besinnen
um die Zukunft zu gewinnen,
sonst fliegt die Erde mit 'nem Knall
in tausend Stücken durch das All.*

Jürgen Rößner

Der Autor war Insasse der JVA Butzbach. Er fordert u.a. den Mindestlohn für Gefangene, die gewerkschaftliche Organisierung hinter Gittern und die Zahlung von Rentenbeiträgen. Nach seinem Hungerstreik Ende des letzten Jahres und der Ankündigung eines weiteren und diesen „ohne Limit . . . , bis unsere Rechte erreicht sind“, wurde er plötzlich in die JVA Darmstadt verlegt. Dort saß er 23 Stunden am Tag in seiner 5,43 m² großen Zelle und musste weitere Repressionen erdulden. Zusätzlich wurde die Wohnung seiner Frau nach Drogen durchsucht, gefunden hat man nichts. Am 12. Juli wurde Jürgen Rößner entlassen. Seinen Kampf für die Rechte der Gefangenen wird er fortsetzen. Rainer Grabowski

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag,
Hoffnungs-Str. 18 ,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

**3 WOCHEN
GRATIS!** **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abo telefon: 030 53 63 55 50

SDAJ und DKP besuchten Buchenwald

Die SDAJ Gießen/Marburg organisierte am 25. Juni 2016 einen Besuch der Gedenkstätte Buchenwald, bei dem 22 Teilnehmer sich durch die sehr professionelle Leitung von Axel Brück (DKP Gießen) durch die Gedenkstätte des Grauens führen ließ und auch an Stellen Halt machte, wo die obligatorischen organisierten Führungen nicht stehen bleiben. Axel hat durch geschichtliches Wissen und kritische Fragen aktuelle Zusammenhänge

aufgezeigt und erklärt, was alle sehr beeindruckte. Die Gruppe schaute sich zuerst den

Dokumentarfilm „KZ Buchenwald/Post Weimar“ an, welcher einen Teil der Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald veranschaulicht. Wir be-



schäftigten uns mit der Beziehung der Bevölkerung Weimars zum KZ Buchenwald, dem Steinbruch, schau-

ten uns die Reste des Pferdestalls, einzelner Blöcke uvm. an. Einzelne Teilnehmer haben sich mit einem bestimmten Thema gründlich beschäftigt und sich für einen kleinen Beitrag vorbereitet, was die Besichtigung noch lebendiger und informativer machte. Die Beiträge regten oft zu Diskussionen an und hinterließen kritische Grundfragen in uns, die es gilt weiter zu verfolgen und zu ergründen. Die Parole bleibt auch heute: Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg! Dass diese Forderung 71 Jahre nach der Selbstbefreiung des KZ so brennende Aktualität gewinnen würde, hat keiner der Überlebenden ahnen können. An den einzelnen Stationen legten wir rote Nelken nieder.

Martina Lennartz

DANKE!

Wir bedanken uns für alle großen und kleinen Beiträge, die bisher bei uns eingegangen sind. Insbesondere bedanken wir uns für die monatlichen Daueraufträge, mit denen man kalkulieren kann.

Wir müssen dennoch um weitere Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

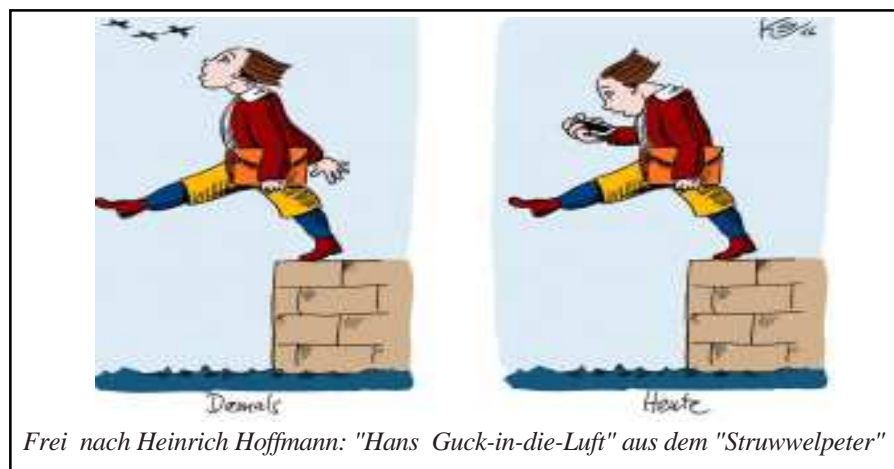
Mit vielem Dank

und hoffnungsvollen Grüßen
Redaktion Gießener Echo

Redaktionsschluss für August-Echo: Mi., 3. Aug.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de



DFG-VK: Gabriel leistet Beihilfe zum Mord

»Mit derartigen Waffenexportgenehmigungen leistet Bundeswirtschaftsminister Gabriel Beihilfe zu Mord durch Rüstungsexport an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Empfängerländer«, so der Vorwurf des Bundessprechers der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) Jürgen Grässlin. Wenn der Wirtschaftsminister im Bundessicherheitsrat unter Führung von Frau Merkel bei brisanten Rüstungsexporten an Staaten in Krisen- und Kriegsgebieten wider Willen überstimmt werde, sei es »eine Frage von Leben und Tod, angesichts der immens hohen Zahl von Rüstungsex-

portopfern ein Veto einzulegen. Angesichts der Panzerlieferungen nach Katar muss Gabriel die Koalitionsfrage stellen und im Falle einer Abstimmungsniederlage sofort zurücktreten.«

»Der Bundeskongress der DFG-VK fordert Sigmar Gabriel zum sofortigen Rücktritt auf wegen des Bruchs der gemachten Wahlversprechungen, des Vertrauensbruchs und Beihilfe zu Mord«, lautete der Beschluss des Friedensverbandes. »Diese Forderung ist angesichts der Verdoppelung deutscher Rüstungsexportgenehmigungen unter Gabriels Ägide heute dringlicher denn je«, resümiert Grässlin.

1. September - Antikriegstag

mehrere Gießener Organisationen, darunter bisher: DGB, Gießener Friedensnetzwerk, DKP, SDAJ, Linkes Bündnis, Antifa-Plenum, KSG bereiten gemeinsam Veranstaltungen/ Aktionen vor.- Einzelheiten folgen

Für einen gerechten Welthandel! CETA & TTIP stoppen!

Aufruf zu bundesweiten Großdemonstrationen in sieben Städten – in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart am 17. September 2016



Mit dem DGB im Zug nach Frankfurt

Der DGB bietet Sammelreisen mit dem RMV an. Entsprechend der Anzahl der Voranmeldungen stehen Gruppentickets zur Verfügung.

Wir fahren von Wetzlar 10:02 und Gießen 10:28 mit dem RE 15109; Marburg ab 9:48 - hält bis Gießen überall. Späteste Abholung der Mitfahrtsickets 15 Minuten vor Abfahrt auf dem Bahnsteig!

Anmeldungen mit Name und Einstiegsort bitte an giessen@dgb.de

Rückfahrt in selbstorganisierten Fünfergruppen mit den ausgegebenen Tickets oder auf eigene Rechnung

NATO ist Kriegsgefahr

Der NATO-Gipfel in Warschau Anfang Juli stand im Zeichen einer mutwilligen und gefährlichen Konfrontation mit Russland. Deutschland steht dabei mit an vorderster Front. Die NATO hat wortbrüchig ihr Territorium bis an die russischen Grenzen herangeschoben. Die Dauerpropaganda der bürgerlichen Medien halluziniert eine „russische Bedrohung“, die angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses absurd ist.

Man muss gar nicht über eine russische Friedfertigkeit spekulieren. Es genügt zu konstatieren, dass absolut nichts darauf hindeutet, dass die russische Regierung verrückt ist. Denn das müsste sie sein, wenn ihre angeblichen Aggressionsabsichten nicht frei erfunden, sondern Tatsache wären. Die NATO-Staaten sind in jeder Hinsicht der Russischen Föderation um ein Vielfaches überlegen – wirtschaftlich, hinsichtlich Bevölkerungszahl und militäri-



scher Stärke. Die „russische Bedrohung“ ist ein Propagandamärchen, die NATO-Bedrohung Russlands eine Tatsache.

Die wachsende Kriegsgefahr wird auch von Friedenskräften in den USA erkannt. Bürgermeister von 1.400 US-Städten verurteilen die Kriegstreiber im Weißen Haus.



Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

DKP begrüßt Brexit-Entscheidung

Die arbeitenden Menschen in Europa spüren konkret, wie das imperialistische Staatenbündnis EU dazu beiträgt, ihr Leben zu verschlechtern. Spardiktat und Abschottung, Demokratieabbau und Kriegspolitik: Die EU ist ein Werkzeug der Banken und Konzerne. Deshalb begrüßt die DKP die Entscheidung der britischen Wähler, die EU zu verlassen. Dabei sehen wir natürlich auch die rechten Kräfte im Brexit-Lager. Sie haben die sozialen Probleme benutzt, um Angst vor

Flüchtlings zu schüren. Diese Kräfte sind und bleiben unsere Gegner. Wir sind mit dem anderen Nein verbunden: Dem Kampf für einen linken EU-Austritt, dem ‚Nein‘ zur EU als ‚Ja‘ zur internationalen Solidarität, dem ‚Leave‘-Votum, das eine soziale Politik fordert. Dieses andere ‚Nein‘ zur EU zeigt eine Alternative zur sozialen Politik der EU und zur rassistischen Hetze der Rechten.“ (aus einer Pressemitteilung des Parteivorstands)